

Passungsprobleme auf dem nordrhein-westfälischen Ausbildungsmarkt: Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Granato, Mona; Milde, Bettina; Ulrich, Joachim Gerd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Kurzbericht / abridged report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Granato, M., Milde, B., & Ulrich, J. G. (2018). *Passungsprobleme auf dem nordrhein-westfälischen Ausbildungsmarkt: Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen*. (FGW-Impuls Vorbeugende Sozialpolitik, 8). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67185-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

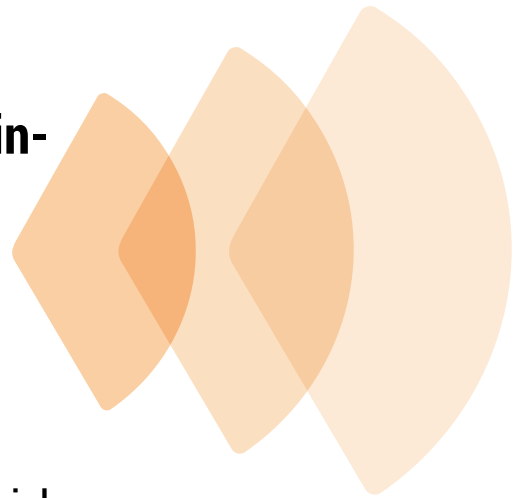
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



Passungsprobleme auf dem nordrhein-westfälischen Ausbildungsmarkt

Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen



Mona Granato, Bettina Milde, Joachim Gerd Ulrich

Auf einen Blick

- Passungsprobleme entstehen, wenn beide Seiten des Marktes (Betriebe, Jugendliche) nicht mehr wie zuvor zusammenfinden. Der Beitrag untersucht die zentralen Ursachen.
- Danach entstehen Passungsprobleme in NRW weniger aufgrund mangelnder regionaler Mobilität. Viel eher ignorieren die Jugendlichen infolge ihrer stark gestiegenen schulischen Vorbildung zunehmend Ausbildungsangebote in typischen ‚Hauptschülerberufen‘.
- In ihren Wunschberufen gibt es jedoch zu wenig Ausbildungsplätze.
- Somit gilt es, sowohl die Reputation als auch die Attraktivität der ‚Hauptschülerberufe‘ grundlegend zu verbessern.

Was sind Passungsprobleme?

Zu Passungsproblemen kommt es, wenn die beiden Seiten des Ausbildungsmarktes (ausbildungsinteressierte Betriebe und Jugendliche) nicht mehr wie bislang zusammenfinden. Infolgedessen wachsen die Anteile der unbesetzten Ausbildungsplätze und der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrage.

Die Lage auf dem nordrhein-westfälischen Ausbildungsmarkt

Auch wenn in Nordrhein-Westfalen die Passungsprobleme nicht so groß sind wie im Bundesgebiet insgesamt, haben sie auch hier zugenommen. Zwischen 2009 und 2017 stieg die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze von 2.400 auf 7.500. Zugleich verharrte der Umfang der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrage seitens der Jugendlichen auf hohem Niveau (2009: 24.900, 2017: 22.600).

Hätte 2017 das betriebliche Ausbildungsplatzangebot im selben Maße wie im Jahr 2009 ausgeschöpft werden können (damals noch zu 97,1 %, zuletzt nur noch zu 93,9 %), wären nicht nur rund 4.900 betriebliche Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen worden. Es wäre auch die Quote der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrage (zuletzt: 16,2 %) um dreieinhalb Prozentpunkte niedriger ausgefallen. Zudem bestünde ein geringeres Risiko, dass Betriebe erfolglos Ausbildungsplätze anbieten und sich irgendwann resignierend vom Ausbildungsmarkt zurückziehen, womit der Ausgleich von Angebot und Nachfrage künftig noch schwieriger würde.

In der FGW-Studie werden deshalb auf der Basis amtlicher Statistiken und Befragungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) von Jugendlichen und Betrieben die für Nordrhein-Westfalen maßgeblichen Gründe untersucht.



Fehlende regionale Mobilität nicht maßgeblich

Oft wird vermutet, die regionale Mobilität der ausbildungsinteressierten Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen sei unzureichend. Tatsächlich ist eine höhere Mobilität für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage grundsätzlich von Vorteil. Gleichwohl scheint die Hauptursache für die wachsenden Passungsprobleme nicht in einer unzureichenden regionalen Flexibilität der Jugendlichen zu liegen.

Denn die von den Jugendlichen bislang praktizierte Mobilität reicht bereits heute aus, um die ansonsten durchaus beträchtlichen Ungleichgewichte auf den regionalen Ausbildungsmärkten in Nordrhein-Westfalen auszugleichen. Sie führt dazu, dass rechnerisch in allen Arbeitsagenturbezirken die Höhe des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots vom Umfang der Ausbildungsplatznachfrage der Jugendlichen gedeckt wird. Außerdem deuten die Ergebnisse von Bewerber_innen-Befragungen darauf hin, dass die Ortsverbundenheit von Jugendlichen dazu beitragen kann, reputationschwache Ausbildungsgänge stärker zu besetzen.

Wenn somit Ausbildungsplätze in den Regionen unbesetzt bleiben, sind hierfür vor allem Ungleichgewichte auf der *Berufsebene* verantwortlich.

Starke Ungleichgewichte in den beruflichen Ausbildungsmärkten

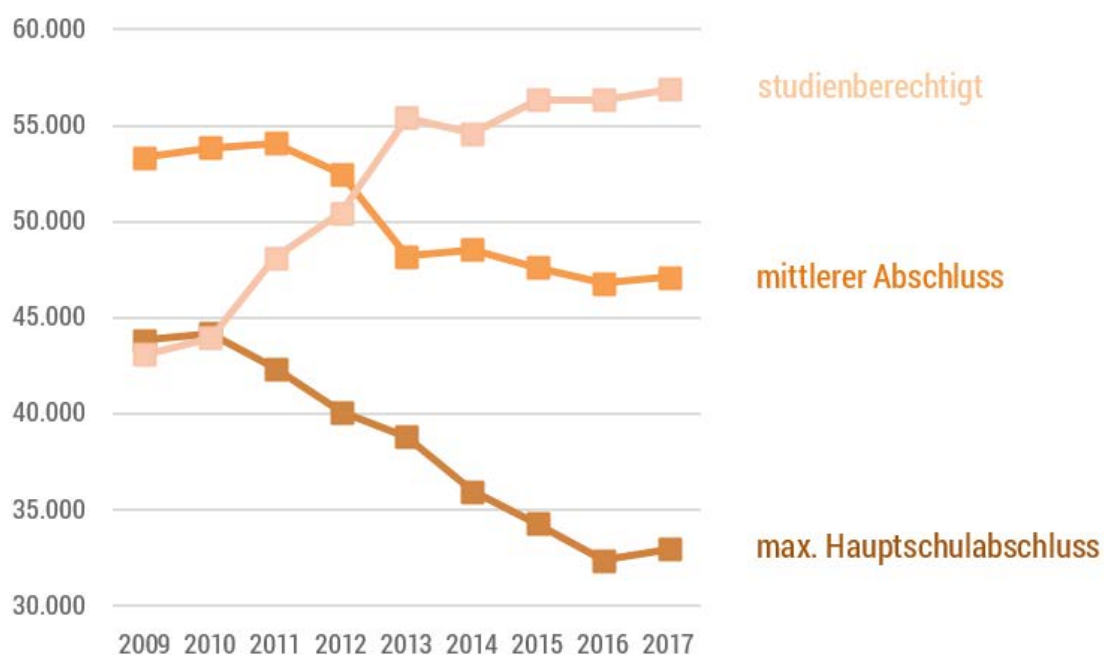
Tatsächlich gibt es große Ungleichgewichte in den beruflichen Ausbildungsmärkten. So entfielen 2017 z. B. im Beruf ‚Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk‘ rechnerisch 129 und im Beruf ‚Restaurantfachmann/-frau‘ 126 Angebote auf 100 Ausbildungsplatznachfragende. Dagegen waren es in den Berufen ‚Chemielaborant/-in‘ und ‚Mediengestalter/-in Digital und Print‘ nur 70 bzw. 73 Angebote. Dementsprechend blieben in den beiden zuerst genannten Berufen viele Plätze unbesetzt, während in den zuletzt genannten Berufen viele Jugendliche mit ihren Bewerbungen scheiterten.

Warum gehen die Jugendlichen nicht mehr im selben Maße wie früher auf die Berufe mit aktuellen Besetzungsproblemen zu? Eine entscheidende Ursache liegt in der stark veränderten schulischen Vorbildung der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz nachfragen – eine Folge des Trends zur schulischen Höherqualifizierung. Im Jahr 2017 stellten Studienberechtigte bereits den größten Teil der Ausbildungsplatznachfrage, während Personen mit maximal Hauptschulabschluss nur noch eine relativ kleine Minderheit bildeten (Abb. 1).

Abb. 1

Ausbildungsplatznachfrage in NRW differenziert nach Schulabschluss

Quellen: eigene Schätzungen auf Basis der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), der amtlichen Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes und der Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge des BIBB



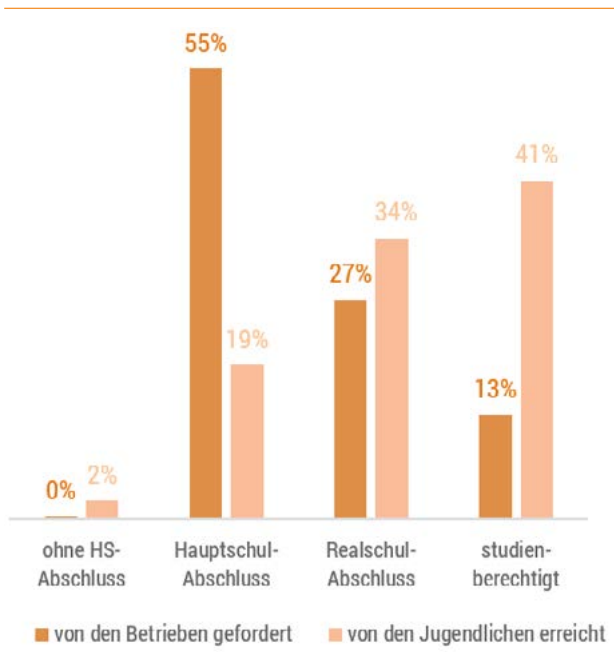


Das duale Ausbildungsplatzangebot wird dagegen immer noch von Berufen dominiert, für die aus Sicht der Betriebe ein Hauptschulabschluss ausreicht. Dies galt 2017 für 55 % der zum Ende des Jahres unbesetzten Ausbildungsstellen. Nur für 13 % wurde eine Studienberechtigung vorausgesetzt. Die schulische Vorbildung der letztlich erfolglosen Ausbildungsstellenbewerber_innen war dagegen eine andere: 41 % verfügten über eine Studienberechtigung, nur 19 % über einen Hauptschulabschluss (Abb. 2).

Abb. 2

Unbesetzte Ausbildungsstellen nach gefordertem (Mindest-) Schulabschluss und erfolgreiche Ausbildungsstellenbewerber_innen nach tatsächlich erreichtem Schulabschluss

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertungen der Ausbildungsmarktstatistik zum Berichtsjahr 2016/17; eigene Berechnungen



Um die Passungsprobleme zu verringern, müssten somit die schulisch immer höher qualifizierten Bewerber_innen dazu bewogen werden, stärker als bislang auf solche Ausbildungsstellen zuzugehen, für die aus Sicht der Betriebe gegebenenfalls auch ein Hauptschulabschluss reichte. Die Betriebe dürften damit kaum ein Problem haben. Fraglich ist aber, ob Jugendliche mit höheren Schulabschlüssen ebenfalls so flexibel reagieren werden.

Logiken der Berufswahl

Die Frage nach der beruflichen Flexibilität der Jugendlichen berührt die sozioökonomischen und psychologischen Mechanismen der Berufswahl. Wie die Untersuchungen zeigen, geht es den Jugendlichen nicht nur darum, dass die Tätigkeiten und

Bedingungen in ihrem späteren Beruf dem entsprechen, wie und unter welchen Umständen sie arbeiten möchten. Sie achten auch darauf, welche Folgen der gewählte Beruf für ihre soziale Identität hat, also ihren späteren Platz in der Gesellschaft und das Bild, das andere Menschen von ihnen haben. Um dies herauszufinden, entwickeln sie Annahmen, wie Dritte bestimmte Berufe einschätzen.

Berufe mit Besetzungsproblemen gelten oft als gesellschaftlich wenig wertgeschätzt

Bei Berufen mit höheren Anteilen an Hauptschulabsolvent_innen vermuten Jugendliche häufiger negative Reaktionen. Sie glauben, dass Personen in diesen Berufen von ihren Mitmenschen als eher ungebildet, wenig intelligent und einkommenschwach eingestuft werden. Hinzu kommen Vorbehalte gegenüber Berufen mit überwiegend körperlicher Tätigkeit; dabei scheinen auch die tief verankerten Überzeugungen hinsichtlich des unterschiedlichen Wertes ‚geistiger‘ und ‚körperlicher‘ Arbeit eine Rolle zu spielen.

Vor diesem Hintergrund betrachten es schulisch höher qualifizierte Jugendliche als risikoreiche Verschwendung ihres schulischen Bildungsaufwands, fänden sie sich anschließend in einem typischen ‚Hauptschülerberuf‘ wieder. Sie drängen somit in Berufe, die Personen mit Hauptschulabschluss nicht im selben Maße offenstehen, und versprechen sich davon mehr Anerkennung, Einkommen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Die subjektiven und objektiven Bewerbungschancen stimmen oft nicht überein

Einen weiteren bestimmenden Faktor der Berufsentscheidungen von Jugendlichen stellen die subjektiven Wahrscheinlichkeiten dar, sich in diesen Berufen erfolgreich bewerben zu können. Für eine rationale Entscheidung ist es wichtig, dass Jugendliche ihre Bewerbungschancen realistisch einschätzen. Jugendliche neigen jedoch dazu, globale Aussagen zur Ausbildungsmarktlage auf ihre spezifischen Berufswünsche zu übertragen.

Zurzeit überwiegen in den Medien positive Meldungen zu den Ausbildungsmarktchancen der Jugendlichen. Sie beruhen im Wesentlichen auf den zum Teil beträchtlichen Nachfragedefiziten im Handwerk und in der Gastronomie. Schließen Jugendliche von diesen Nachrichten auf die Ausbildungschancen in ihren Wunschberufen (oft außerhalb von Handwerk und Gastronomie), überschätzen sie nicht nur die dortigen Aufnahmekapazitäten und ihre Bewerbungschancen. Sie vernachlässigen auch Bewerbungen in alternativen Berufen mit faktisch



sehr guten Zugangschancen. Eine undifferenziert positive Darstellung der allgemeinen Ausbildungsmarktlage kann somit zu einem Bumerangeffekt für jene Branchen führen, die durch ihre unbesetzten Ausbildungsplätze erst eine solche positive Einschätzung ermöglicht haben.

Maßnahmen zur Verringerung der Passungsprobleme

Ohne die entsprechende Steigerung von Ruf und Attraktivität der Berufe mit Besetzungsproblemen dürften sich die Passungsprobleme kaum lindern lassen. Dazu wurden bereits viele Maßnahmen von verschiedenen Seiten eingeleitet, die es fortzusetzen bzw. auszubauen gilt: die Kampagnen zur Verbesserung des Images des Handwerks; der Auf- und Ausbau der Berufsorientierung in den Gymnasien; der Einsatz von Auszubildenden, die als Ausbildungsbotschafter_innen in Schulen für selten gewählte Berufe werben; doppeltqualifizierende Bildungsgänge (duale Ausbildung plus Abitur) und das Konzept einer höheren Berufsbildung. Darüber hinaus müssen die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie die Einkommensmöglichkeiten in den Berufen mit Nachfragemangel stärker an die Verhältnisse in den sonstigen Berufen angepasst werden.

Flankiert werden sollten diese Maßnahmen durch eine nüchterne und möglichst differenzierte Beschreibung der Ausbildungsmarktlage sowie durch den Ausbau der Informationswege zwischen ausbildungsinteressierten Betrieben und Jugendlichen. Dazu zählen der Rückgriff auf die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation bei der Bilanzierung der Ausbildungsmarktlage, die Entwicklung von Online-Informationsbörsen, welche die regionale Ausbildungslage nach Berufen differenziert abbilden, der Ausbau der Internet-Auftritte kleinerer Ausbildungsbetriebe und die Entwicklung von Auszubildendenkooperationen bekannterer mit unbekannteren Unternehmen.

Darüber hinaus müssen weitere Schritte zur Sicherung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung angedacht werden. Es gibt in unserer Gesellschaft immer noch bedeutende indirekte Signale, die auf eine Nachrangigkeit beruflicher Bildung hindeuten. So schließt der Fächerkanon in den Gymnasien – dem eine beträchtliche symbolische Bedeutung zukommt, welche Fähigkeiten in unserer Gesellschaft den wesentlichen Teil von Bildung ausmachen – handwerkliche und gestalterische Fähigkeiten weitgehend aus.

Würden solche Fähigkeiten zu einem Schulfach der Gymnasien, würde nicht nur verdeutlicht, dass der Erwerb solcher Fähigkeiten entscheidende Beiträge zur Allgemein- und Persönlichkeitsbildung liefert. Es würde damit auch die gesellschaftliche Anerkennung der Berufe gefördert, in denen solche Fähigkeiten vertieft werden. Zudem erhielten die Jugendlichen

bereits in der Schule eine wichtige Orientierungshilfe, welche ihnen ihre Eltern – die zunehmend bereits selbst akademisch geprägt und damit ohne eigene handwerkliche Fertigkeiten sind – oft nicht mehr bieten können.

Zudem sollten junge Menschen, von denen die einen ein Studium und die anderen eine Berufsausbildung beginnen, im selben öffentlich geförderten Wohnheim eine gemeinsame WG gründen können. Deshalb sollte die Überführung von ‚Studierendenwohnheimen‘ in ‚Bildungswohnheimen‘ gefördert werden. Die Einführung eines landesweit gültigen ‚Ausbildungstickets‘ (parallel zum Semesterticket) wäre ein weiterer Schritt, um dem Eindruck einer gesellschaftlichen Ungleichbehandlung von hochschulischer und beruflicher Bildung entgegenzuwirken.

Über die Autor_innen

Dr. Mona Granato - Sprecherin des BIBB-Forschungsprojektes 2.1.310 *Bildungsorientierungen und -entscheidungen im Kontext konkurrierender Bildungsangebote*

Bettina Milde - Leiterin des BIBB-Arbeitsbereichs 1.1 *Berufsbildungsangebot und -nachfrage, Bildungsbeteiligung*

Dr. Joachim Gerd Ulrich - Wissenschaftlicher Direktor im BIBB-Arbeitsbereich 1.1 *Berufsbildungsangebot und -nachfrage, Bildungsbeteiligung*

Impressum

Herausgeber: FGW - Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.), Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080, E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand: Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

FGW-Themenbereich: Vorbeugende Sozialpolitik

Prof. Dr. Ute Klammer, Vorstandsmitglied

Christoph Gille, wissenschaftlicher Referent

Layout: Olivia Mackowiak, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Erscheinungsdatum: Düsseldorf, Juni 2018

ISSN: 2510-4098

Erfahren Sie mehr in der Studie:

FGW-Studie Vorbeugende Sozialpolitik 08

www.fgw-nrw.de/studien/sozialpolitik08.html

